

## Gesundheitspolitik muss transparent sein



Die in großen Teilen verfehlte Gesundheitspolitik des Bundesgesundheitsministeriums führt das deutsche Gesundheitswesen in eine zunehmend bedrohliche Schiefelage. Durch eine immer schnellere Abfolge von Spar- und Reglementierungsgesetzen ist es in wichtigen versorgungsrelevanten Bereichen des Gesundheitssystems zu Über- und Fehlsteuerungen gekommen, die jetzt und in naher Zukunft die flächendeckende Betreuung und Versorgung der deutschen Bevölkerung gefährden. Gleichzeitig gibt es Versuche einzelner Politiker, die Selbstverwaltungsstrukturen auszuhebeln, weil diese ihnen bei der Umsetzung von Maßnahmen im Wege stehen.

Unverkennbar ist auch ein klarer Trend hin zu Zentralismus, Überregulierung und Bürokratisierung. Dies

wirkt sich bereits heute in allen ärztlichen Bereichen aus. Jeder von Ihnen kann ein Lied davon singen. Umso wichtiger ist die berufs- und gesundheitspolitische Arbeit der Sächsischen Landesärztekammer. Sie kann Fehlsteuerungen aufzeigen und gesundheitspolitische Standpunkte der Ärzteschaft zielgerichtet in die Politik transportieren. In dieselbe Richtung zielen die „Gesundheitspolitischen Leitsätze der deutschen Ärzteschaft“, die als „Ulmer Papier“ auf dem 111. Deutschen Ärztetag im Mai dieses Jahres verabschiedet werden sollen.

Im Ergebnis der einfallslosen Spar- und Reglementierungspolitik kommt es zum Ausbluten der Krankenhäuser mit der Folge von Insolvenzen und weiteren Privatisierungen. Deutschland droht eine Wartelistenmedizin wie in Holland. Die Unterfinanzierung der ambulanten ärztlichen Versorgung wird mit der Folge fortgesetzt, dass Ärzte abwandern oder zu Konkurrenten werden. Auch die dritte Säule im Gesundheitswesen, der Öffentliche Gesundheitsdienst, erfährt eine fortgesetzte unverantwortliche Schwächung.

Die vordergründige Orientierung an der „heiligen Kuh“ von Beitragssatzstabilität und Grundlohnsummensteigerung aus wahltaktischen Gründen einerseits und die davoneilenden Gesundheitskosten infolge Multimorbidität und moderner Medizin andererseits führen zwangsläufig bei gleichem Ressourceneinsatz zur Verknappung von Gesundheitsleistungen mit der Folge von Rationierung und Vertrauensverlust in der Patient-Arzt-Beziehung. Therapiefreiheit und freie Arztwahl sind Begrifflichkeiten, die infolge ausufernder sozialrechtlicher

Regelungen in der Versorgungsrealität ihre ursprüngliche Kraft und Bedeutung eingebüßt haben.

Die Misstrauenskultur in der politischen Auseinandersetzung zwischen Ärzten und Regierungsparteien und die Atomisierung der Versorgungslandschaft in Folge von unübersichtlicher Vertrags- und Rabattvielfalt führen zu einer allorten spürbaren Abwanderung, zu Frust und zu Burn-out bei den Kollegen.

Letztlich gibt es nur zwei Wege aus dieser gerade für Patienten desaströsen Situation. Entweder mehr Geld in das System, wozu die Krankenversicherten wohl auch bereit wären. Oder eine Änderung, also transparente Kürzung, des bisherigen Leistungskataloges in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Damit gäbe es keine verdeckte Rationierung mehr und wir Ärzte müssten uns nicht für Dinge verantworten, die wir so nicht gewollt haben.

Nur eine transparente und ehrliche Gesundheitspolitik kann die Herausforderungen dieser Zeit meistern.

Wir Ärzte müssen noch mehr Freiheit wagen und die oft zitierte „Vorfahrt für die Selbstverwaltung“ einfordern! Wir müssen den zunehmenden Zentralismus, den Ökonomismus, die Reglementierung und Bürokratisierung entschieden zurückweisen. Der Erhalt der ärztlichen Identität und die freiberufliche auf Patienten orientierte Professionalität müssen trotz zunehmenden Wettbewerbs unsere Ziele bleiben.

Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze  
Präsident